

The logo consists of a red parallelogram shape to the left of the text 'DGB'.

**DGB**

Deutscher  
Gewerkschaftsbund

# RECHTSRUCK IN BETRIEB UND GESELLSCHAFT: URSACHEN UND GEGENWEHR

RLS-Gewerkschaftskonferenz, 2.-4. Mai  
2025

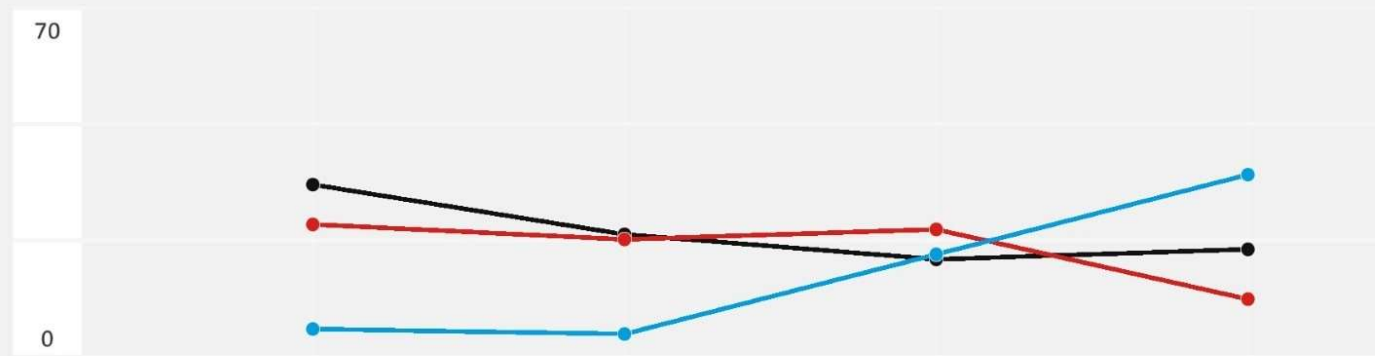
# Gewerkschaftliche Herausforderungen beim rechten Aufstieg



- Überdurchschnittlicher Zuspruch bei „Arbeiter\*innen“
- Überdurchschnittlicher Zuspruch bei Menschen mit 1) Negative Einschätzung wirtschaftliche Situation, 2) großen ökonomischen Sorgen
- Gewerkschafter\*innen wählen leicht überdurchschnittlich AfD

# Entwicklung Arbeiter\*innenanteil AfD

## Bundestagswahl 2025 Stimmanteile unter Arbeitern



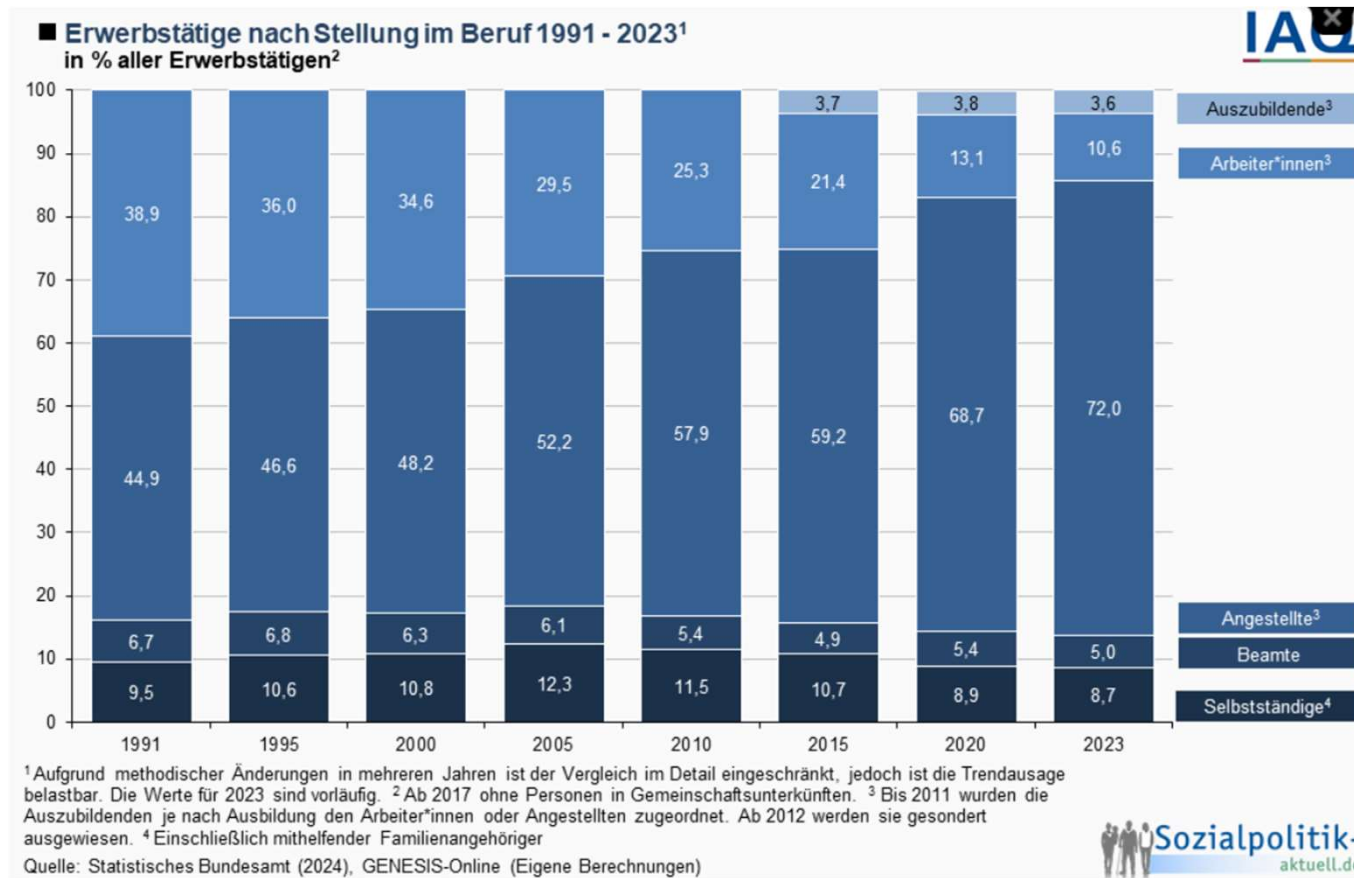
	2013	2017	2021	2024
Union 	35	25	20	22
SPD 	27	24	26	12
AfD 	6	5	21	37

Stand: 23.02.2025, 18:28 Uhr

infratest dimap 

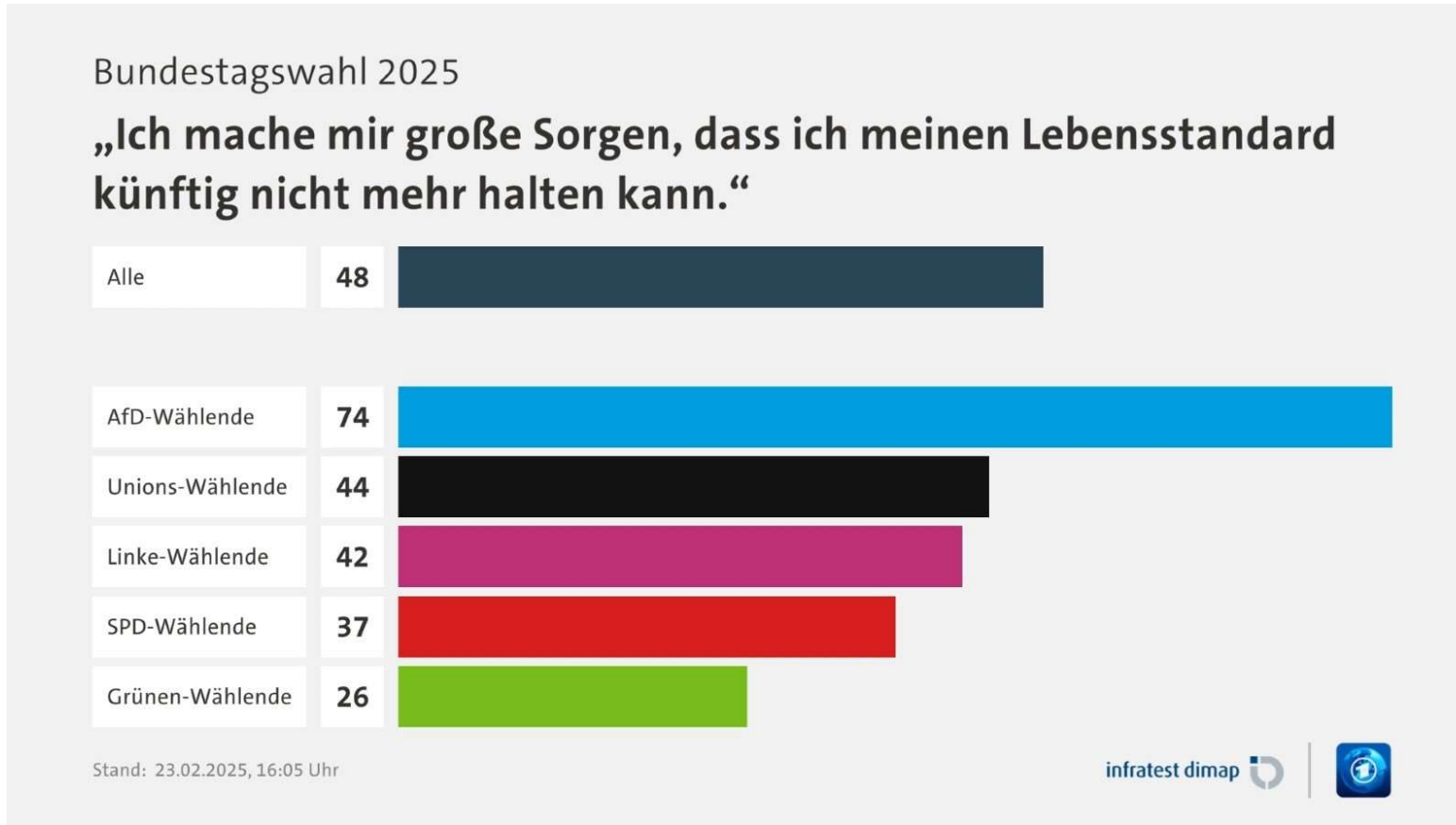


# Anteil Arbeiter\*innen unter allen Erwerbstätigen



<https://www.sozialpolitik-aktuell.de > arbeitsmarkt-datensammlung.html>

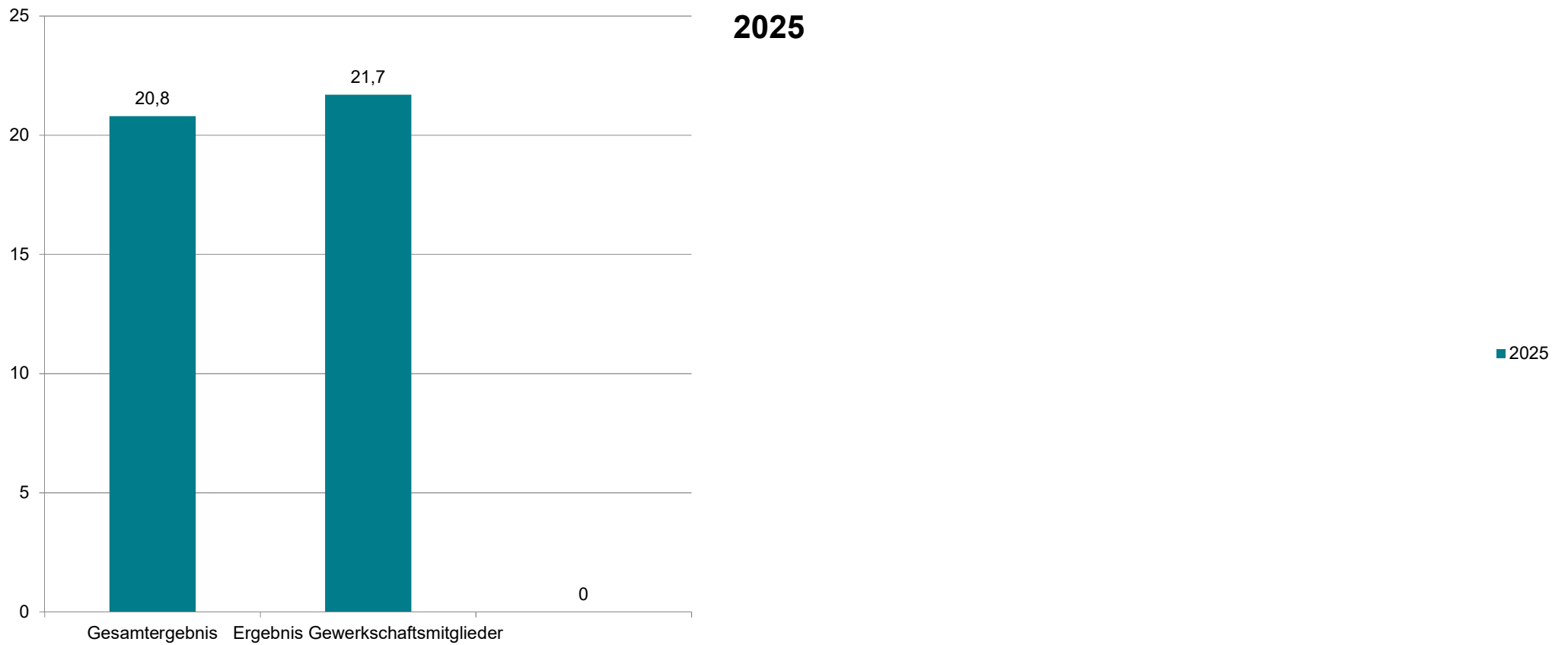
# Die AfD-Wählerschaft hat überdurchschnittlich große ökonomische Sorgen



# Wirtschaftliche Stellung AfD-Wählende



# So haben Gewerkschafter\*innen gewählt



# Gründe und Gegenstrategien

## Materielle Gründe:

- „Abstiegsgesellschaft“, Reallohnverluste
- Transformation: Druck auf industrielle Kerne
- Neoliberale Verheerungen, Vielfachkrise, „Schattenseiten der Globalisierung“

## Mentale Verarbeitungen:

- Kränkungen: Auflösung männlich geprägter „Normalarbeitsverhältnisse“
- Abwertungserfahrungen von Lebensentwürfen
- Umdeutung oben-unten in innen-außen-Konflikt

## Was schützt vor autoritären Versuchungen?:

- Konfliktbereite und durchsetzungsstarke Organe der betrieblichen Mitbestimmung (OBS-Studie und Autoritarismusstudie)
- Erfahrungen von Selbstwirksamkeit
- Sichtbarkeit der eigenen Lage (Streik, Betriebsaktionen)

# Gewerkschaftliche Intervention

## Die AfD: Keine Alternative für Beschäftigte



**DGB**

Wofür die AfD angeblich steht <small>(Wahlprogramm, Eigenaussagen)</small>	Wie sie im Bundestag abgestimmt hat
„Wir als AfD sind die Partei des kleinen Mannes!“	höhere Steuern für Besserverdienende
Arbeitslosengeld I gerecht gestalten	Entlastung von Geringverdiener*innen  nicht zugestimmt
Altersarmut verhindern	höheres Arbeitslosengeld I
Familien stärken, fördern und unterstützen	Grundrente mehr Geld in Kitas
Altersarmut verhindern	einmaliger Kinderbonus von 300 Euro je Kind
Familien stärken, fördern und unterstützen	Mietpreisbremse
Altersarmut verhindern	Grundrente mehr Geld in Kitas
Familien stärken, fördern und unterstützen	einmaliger Kinderbonus von 300 Euro je Kind
bezahlbaren Wohnraum schaffen	Mietpreisbremse
	5 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau

Quelle: AfD-Wahlprogramm 2021; eigene Recherche

in Kooperation mit CORRECTIV und KATAPULT

# 10 Gründe, warum die AfD keine Partei für Beschäftigte ist:



1 Die AfD **schwächt die Macht der Beschäftigten** im Betrieb: Sie will das Streikrecht einschränken, die Gewerkschaften aus den Tarifverhandlungen drängen und Flächentarifverträge aushebeln.

2 Die AfD steht **gegen den Sozialstaat** und will soziale Sicherungssysteme schleifen. AfD-Sozialpolitik heißt: **Weniger Staat und mehr Markt**. Beim Thema sparen fällt ihr zuerst der Sozialstaat ein. Alice Weidel sagte im Bundestag auf die Frage, wo der Staat sparen soll: „Bei Arbeit und Sozialem“. Ob Kindergrundsicherung, Mindestlohnerhöhung, Bürgergeld – die AfD ist dagegen.

3 Die AfD macht **Politik für die Reichen**. Während sie beim Sozialstaat sparen will, **verschont sie die Reichen und Vermögenden**. Die AfD lehnt die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer ab. Den Soli, den nur noch die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung zahlen, will sie abschaffen.

4 **Bezahlbare Mieten** sind für die AfD **kein Thema**: Alle Vorschläge, den immer dramatischeren Anstieg der Mieten zu bremsen, werden von ihr abgelehnt. Gegen Mietendeckel und Mietpreisbremse hat sie mehrfach geklagt, weil sie sich vor allem als **Anwalt von Vermietern und Wohnungskonzernen** sieht. Kein Wunder, dass sie von ihnen mit Spendengeldern bedacht wird.

5 **Tariffindung ist der AfD egal**: In Baden-Württemberg will die AfD zum Beispiel das Tarifvergabegesetz des Landes wieder abschaffen. Geregelt wird hier, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen. Das will die AfD ändern, so dass auch wieder **Unternehmen mit Dumpinglöhnen** zum Zuge kommen.

## Argumentationshilfe #09

**DGB**

01.02.2025

### Mindestlohn/Tarifbindung

## Argumentationshilfe #10

**DGB**

01.02.2025

### Bürgergeld

## Argumentationshilfe #11

**DGB**

04.02.2025

### Rentenpolitik der AfD

Vielen Dank!

